

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz in Hamburg vom 3. bis 5. September 2017

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz [Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)] am 5. September 2017 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 26. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass die Arbeitsgruppe der BSPC für „Nachhaltigen Tourismus“ unter dem Vorsitz der Präsidentin Sylvia Bretschneider nach zweijähriger erfolgreicher Tätigkeit ihren Abschlussbericht veröffentlicht hat und dass die zahlreichen Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe von der 26. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
 - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Präsidentin Sylvia Bretschneider fortzusetzen,
 - maritimer Politik in der Ostseeregion durch den Abgeordneten Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung des erstmalig vergebenen Beobachterstatus der BSPC für Nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Sylvia Bretschneider aufzunehmen.

Der Landtag anerkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin aktiv wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion,
 - b) demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter,
 - c) innovative Wissenschaft und Forschung,
 - d) nachhaltiger Tourismus,
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 6. Landtages vom 24. September 2015 zu der Drucksache 6/4498 bis zum 31. März 2018 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Nikolaus Kramer und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Bernhardt Wildt und Fraktion

Begründung:

Auf Einladung der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg wurde vom 3. bis zum 5. September 2017 die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz in Hamburg ausgerichtet. Mehr als 190 Personen haben an der Konferenz teilgenommen, darunter Mitglieder aller nationalen und regionalen Parlamente der Ostseeanrainerstaaten, Minister, Experten und weitere geladene Gäste. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp sowie die Abgeordneten Dirk Friedriszik und Karsten Kolbe repräsentiert. Darüber hinaus besteht die Delegation des Landtages aus seiner Präsidentin Sylvia Bretschneider sowie dem Abgeordneten Nikolaus Kramer, hinzu kommt der Abgeordnete Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC.

Inhaltliche Tagungsschwerpunkte der Jahreskonferenz bildeten insbesondere Fragen der Kooperation im Ostseeraum und der demokratischen Partizipation im Kontext des digitalen Zeitalters. Auch die Bereiche Wissenschaft und Forschung sowie Nachhaltiger Tourismus wurden eingehend thematisiert.

Die Landtagsdelegation wirkte intensiv an der Konferenz mit. Ihr ist es gelungen, gemeinsam mit den anderen deutschen Delegationen abgestimmte Handlungsempfehlungen in die Resolution der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen.

Mit dem von der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Nachhaltigen Tourismus veröffentlichten schriftlichen umfassenden Abschlussbericht wurde diese Arbeitsgruppe nach zweijähriger Tätigkeit offiziell beendet. Der Abschlussbericht beinhaltet insbesondere Forderungen und Empfehlungen an die Regierungen der Staaten und Regionen der Ostseeanrainer für eine Stärkung des nachhaltigen Tourismus. Des Weiteren legte die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider als Beobachterin für die Ostseeparlamentarier bei der zwischenstaatlichen Helsinkikommission (HELCOM) einen schriftlichen Bericht vor. Darüber hinaus stellte der Abgeordnete Jochen Schulte einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit als Maritimer Berichterstatter vor.

Die Mandate der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Beobachterin der BSPC und des Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC wurden verlängert. Darüber hinaus wurde Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider einstimmig zu Berichterstatterin der BSPC für den Themenkomplex „Nachhaltiger Tourismus“ bestimmt. Die Übertragung dieses weiteren Sondermandates verdeutlicht nach Auffassung der Konferenzteilnehmer das hohe Ansehen, das der Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage seines Engagements im Ostseeraum genießt.

Der Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz ging von der Hamburgischen Bürgerschaft auf das Parlament von Åland über, welches im kommenden Jahr vom 26. bis zum 28. August 2018 die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz ausrichten wird.

In der Abschlussresolution der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz richten die Ostseeparlamentarier einstimmig ihre Forderungen an die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union.

Im Themenkomplex der **Zusammenarbeit in der Region** geht es in der Resolution vor allem um die Verbesserung nachbarschaftlicher Beziehungen und darüber hinaus die Stabilisierung europäischer Nachbarschaftspolitik. Als geeignetes Mittel zur Intensivierung der Zusammenarbeit werden insbesondere makroregionale Strategien gesehen, die Interessengruppen und Akteure aller staatlichen Organisationseinheiten zusammenbringen.

Weiter geht es darum, die Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) als koordinierende Stelle regionaler Umsetzung ozeanbezogener Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu stärken und weiter zu entwickeln. Dazu sollen die bis 2021 zu realisierenden Verpflichtungen zur Herstellung eines guten ökologischen Status der Ostsee sowie des HELCOM-Ostseeaktionsplans weiter umgesetzt werden.

Darüber hinaus wird gefordert, die HELCOM bei der Entwicklung eines regionalen Aktionsplans zur Reduzierung von Unterwasserlärm und zu der Umsetzung des Aktionsplans zu Meeresabfällen sowie der Bekämpfung der Überdüngung zu unterstützen. Es sollen ferner konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Einbringung von Kunststoff in die Meeresumwelt getroffen werden.

Des Weiteren fordert die Konferenz, im Rahmen des Ostseerates ein gemeinsames Programm zur Entwicklung und Stärkung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion auszuarbeiten, welches der Reisefreiheit, einschließlich des lokalen Grenzverkehrsregimes an den EU-Außengrenzen, förderlich ist. Dazu sollen Hindernisse im grenzüberschreitenden Reiseverkehr soweit möglich abgebaut sowie die Grenz- und Visaregelungen für organisierte Touristengruppen und junge Menschen erleichtert werden. Für eine Verbesserung werden beispielsweise neue Projekte wie „Interferry“ - in Anlehnung an der „Interrail“-Idee - angestrebt. Weiterhin soll die gemeinsame Vermarktung auf Grundlage des kulturellen wie natürlichen Erbes der Ostseeregion durch die Ostseeanrainerstaaten unterstützt werden. Dies soll die internationale touristische Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion stärken.

In Bezug auf **demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter** konzentriert sich die Resolution auf die Verbesserung und Entwicklung von Mitteln demokratischer Partizipation. Die Teilhabe junger Menschen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen, in Staat, Wissenschaft, Kultur und Bildung soll verbessert und gestärkt werden. In diesem Sinne setzt sich die Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin für die Schaffung eines Jugendforums für den gesamten Ostseeraum ein. Weiter werden ein gemeinsamer Dialog und eine kollektive Debatte über die ethischen Voraussetzungen der Digitalisierung von Staaten und Gesellschaften gefordert. Es wird zudem die Aufgabe der Parlamente hervorgehoben, auch im digitalen Raum Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Eine Kluft zwischen Staat und digitaler Gesellschaft soll vermieden werden. Ferner soll die Ostseeregion zu einem globalen Vorreiter in puncto Einsatz neuer digitaler Technologien für Demokratie und Entwicklung werden. Durch Unterstützung politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Digitalisierung demokratischer Aktivitäten sollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit an politischen Entscheidungen verbessert werden.

Des Weiteren soll auf Maßnahmen der (Aus-) Bildung für junge Menschen bzgl. der Möglichkeiten der Digitalisierung zur Förderung kompetenter und verantwortungsbewusster Nutzung ebenso wie auf die geschlechts- und generationsspezifischen Aspekte der digitalen Innovation und damit einhergehende gesellschaftliche Veränderung hingewiesen werden. Ferner wird gefordert, die staatliche Koordinierung innovationspolitischer Maßnahmen nicht nur als technologischen, sondern auch als sozialen Fortschritt zu begreifen. Die rechtlichen Möglichkeiten und ein gemeinsamer und reagierender Ansatz auf die Problematik der „Hetzreden“ und „Fake News“ sind entsprechend dem Stellenwert der Meinungsfreiheit voll auszuschöpfen.

Unter dem thematischen Schwerpunkt **innovativer Wissenschaft und Forschung** steht die qualitative wie quantitative Intensivierung wissenschaftlicher Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Fokus der Resolution. In deren Kontext soll eine wissenschaftliche Grundlage für eine innovative, grenzüberschreitende Politikgestaltung geschaffen werden, die auch die Möglichkeit der Internationalisierung der Kosten mariner Ökosystemleistungen einschließt. Ferner wird die Förderung umfangreicher Forschung bezüglich der realen Langzeiteffekte menschlicher Einflüsse auf sämtlichen organisatorischen Ebenen vom Gen bis zum Ökosystem gefordert. Ebenso besteht die Forderung, die Entwicklung realistischer Projektionen über die Zukunft der Ostsee zu fördern, die die von Menschen verursachten Einwirkungen auf das Ökosystem berücksichtigen.

Die Konferenz fordert weiter, mit dem Ziel der Förderung von Innovationen eine aktivere Rolle im Hinblick auf die Bereitstellung nachhaltiger Forschungs- und Entwicklungsressourcen zu spielen und zu entsprechender Zielverfolgung etwa gemeinsame Standards, Datensicherheit oder Rechte bezüglich des geistigen Eigentums zu entwickeln.

Das Ostsee-Wissenschaftsnetzwerk soll im Hinblick auf den Ausbau der makroregionalen Dimension der Forschungs- und Wissenschaftspolitik zugunsten der Hochschul- und Forschungseinrichtungen ausgebaut und gefördert werden. Im Zuge dessen soll es insbesondere im Rahmen des Projektes „Baltic Science Network“ zur Schaffung eines nützlich und zielgerichtet wirkenden supraregionalen Netzwerkes kommen, welches die Steuerung wissenschaftlicher Zusammenarbeit administrativ abdeckt. Die Konferenz formuliert weiter die Forderung, analytische Forschungseinrichtungen und Unternehmen vor dem Hintergrund des „Baltic-TRAM“-Projektes (TRAM = Transnational Research Access in the Macro-Region) enger zu verbinden. Es soll mithilfe erhöhter Investitionen in innovative Forschung und Wissenschaft eine Verbesserung der Bedingungen der Ostseeregion im globalen wissenschaftlichen Wettbewerb bewirkt werden.

Ferner wird gefordert, die im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion (EUSBSR) bestehenden Verpflichtungen der Politikbereiche „Innovation“ und „Bildung“ sowie die Bedeutung des Er- und Überarbeitens von Maßnahmen, die zur Überwindung regionaler Innovations- und Leistungslücken ansetzen, hervorzuheben, um über zukunftsorientierte Aktivitäten in den Bereichen Innovation, Forschung und Hochschulwesen eine prosperierende, nachhaltige und wettbewerbsfähige Region zugunsten des Gemeinwohls gewährleisten zu können. Einen weiteren Punkt stellt die Stärkung des Bewusstseins der Bürger für die Relevanz von Bildung und Wissenschaft als Innovationsressource dar. Darüber hinaus ist die Initiative des Ostsee-Wissenschaftstages, wie erstmalig am 08.02.2017 erfolgreich in St. Petersburg durchgeführt, weiterzuführen und als nützliches Instrument engerer Zusammenarbeit in der Ostseeregion und besserer Kommunikation zu unterstützen und zu fördern.

Die Förderung der grenzüberschreitenden Integration interdisziplinärer Wissenschaft in der Ostseeregion soll fortgesetzt und intensiviert, BONUS II unterstützt und Maßnahmen und Synergien zur Entwicklung der gemeinsamen Vision „Arktis-Ostsee“, der Zusammenarbeit und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sollen initiiert und gefordert werden.

Es bestehen Bestrebungen, mehr Flexibilität in der Außenwirkung und der internationalen Forschungszusammenarbeit sowie eine bessere Integration der Forschungslandschaft der Ostseeregion zu ermöglichen. Gefordert wird eine Verbesserung kurzfristiger Mobilitätsmöglichkeiten von Wissenschaftlern und zu diesem Zweck unbürokratische Unterstützung auch außerhalb großer finanzierter Projekte. Damit verbunden ergeht die Aufforderung, die Mobilität von Lehrkräften und Studierenden durch auf Bewegungsfreiheit ausgerichtete Studienprogramme zu intensivieren, um so Sommerschulen und anderweitige Austauschprogramme zu fördern und die Vorteile wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zu nutzen.

In Bezug auf **nachhaltigen Tourismus** fordert die Ostseeparlamentarierkonferenz das Engagement für die Vision der Ostseeregion als erste Ökoregion weltweit und deren Konzeption als Erste ihrer Art. In der Ökologie und Ökonomie wird das Zusammenwirken in ausgewogener und integrierter Weise zugunsten der Bewahrung von Gesellschaft und Natur gefordert. Zugleich soll in Bezug auf die Folgen des Tourismus dahingehend Sorge getragen werden, zweckdienliche Modelle und Methoden zum Schutz und zur Bewahrung der Natur anzuwenden. Nachhaltigkeit soll dabei Leitgrundsatz und Standardpraxis jeglichen Tourismus sein. Darüber hinaus wird eine weitere Prüfung der Nutzung von „CO₂-Fußabdrücken“ gefordert. Der Fokus liegt insbesondere auf dem Ziel der Verbesserung der Vergleichbarkeit von Auswirkungen auf die Natur. Eine Verbesserung soll insbesondere hinsichtlich der Transparenz von Tourismusprodukten mit Blick auf deren Qualität und Nachhaltigkeit erfolgen. Beispielsweise wären gemeinsame Marken und Standards hilfreich.

Die Konferenz fordert zudem die Förderung von Abwassereinrichtungen in den Häfen der Ostseeregion, der Nutzung alternativer Energiequellen und nachhaltiger multimodaler Trennung bezüglich des See-, Straßen- und Schienenverkehrs sowie ferner die Verbesserung des Interrailangebotes und der Fahrradinfrastruktur.

Ein weiterer wichtiger Punkt bildet die Forderung nach Gründung internationaler Winterschulen zur Vermittlung von weiteren Fertigkeiten, Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen von Arbeitskräften, um damit dem Mangel an Fachkräften im Tourismussektor in der Ostseeregion zu begegnen. Es sollen weiter die Möglichkeiten der Digitalisierung bei der Förderung des nachhaltigen Tourismus besser genutzt werden. Gerade im Hinblick auf die langfristigen Prioritäten des Ostseerates soll die Entwicklung des Ostseetourismuszentrums (Baltic Sea Tourism Center, Rostock) zu einer ständigen Plattform des transnationalen Wissens- und Informationsaustauschs weiter gefördert werden. Darüber hinaus ergeht die Forderung, eine gesunde Umwelt zu erhalten, um sowohl die Erholungsqualität natürlicher und menschlich geschaffener Landschaften als auch die natürliche, kulturelle und menschliche Umgebung zu bewahren. Dazu sollen sich Tourismusaktivitäten mehr als Beitrag zum Schutz der Ostseeregion darstellen. Die Konferenz fordert zudem, die gemeinsame Förderung der Ostseeregion als Tourismusziel insbesondere in neuen Märkten durch private und öffentliche Interessengruppen zu stärken und die Zusammenarbeit in der Region als Schlüsselement erfolgreicher Entwicklung der Ostseeregion zu fördern.

Nicht zuletzt soll die Wettbewerbsqualität und Effizienz der Tourismuswirtschaft gefördert und bewahrt sowie ein Zustand zufriedenstellender sozialer Bedingungen für Touristen, Arbeitskräfte und einheimische Bevölkerung geschaffen werden. Die Bürger sollen an der Entwicklung von Tourismusstrategien beteiligt werden.

Konferenzablauf der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz, 3. bis 5. September 2017 in Hamburg

Nach der Eröffnung der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz durch **Carola Veit** (Vorsitzende der BSPC und Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) hob **Olaf Scholz** (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg) die Bedeutung regionaler wie transnationaler Kooperation hervor und betonte die Bedeutung der Verständigung zwischen den Staaten der Ostseeregion. Weiter sei die Entwicklung der Anbindung des jeweiligen Hinterlandes von großem nationalen wie internationalem Interesse. Gerade die Wasserwege böten in dieser Hinsicht großes Potenzial. Unter diesem Gesichtspunkt wurde auf den Erfolg verschiedener Projekte, die die zunehmende Verbundenheit in der Ostseeregion widerspiegeln, eingegangen.

Ferner stellte **Olaf Scholz** den hohen Stellenwert von Bildung in einer übergreifenden und serviceorientierten Gesellschaft heraus und thematisierte die Bedeutung von Projekten, die der Einbindung der Jugend gerade hinsichtlich des Einstiegs in die Arbeitswelt dienen. Diese kämen sowohl den Kommunen als auch der Identifikation mit der Ostseeregion zugute. Nicht zuletzt wurde auf die Relevanz der Ostseeparlamentarierkonferenz als Beitrag für die Bindung in der Region, deren Verständigung und Zusammenarbeit hingewiesen. So zeige die Konferenz unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Forschung zunehmend Wirkung.

Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Guðmundur Árni Stefánsson (scheidender Vorsitzender des Ostseerates CBSS und Botschafter von Island) ging in seinem Bericht über die Arbeit und die Aktivitäten des Ostseerates ein. Deren Fokus hätte unter der Präsidentschaft Islands auf den Schwerpunkten Demokratie, Gleichheit und Kinder sowie den nunmehr 25. Gründungstag des Ostseerates gelegen. Insbesondere das in Reykjavik stattgefundenene Treffen mit den Außenministern der Ostseeregion wurde thematisiert. Die Minister der Staaten der Ostseeregion hätten bei dieser Gelegenheit eine Deklaration unterschrieben, in der sie ihren Willen, in die Ostsee-Kooperation, einschließlich der BSPC, zu investieren, bekräftigten.

Hans Olsson (Vorsitzender des Ausschusses hoher Beamter des CBSS und Botschafter von Schweden) stellte die Prioritäten des CBSS unter der kommenden schwedischen Präsidentschaft vor. Diese lägen nunmehr auf Fragen der Nachhaltigkeit, insbesondere der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

Jānis Vucāns (Vizepräsident der BSPC) präsentierte die Auswertung der Berichte der einzelnen Regierungen über die Umsetzung der Vorjahresresolution. Im Ergebnis sei eine stärkere Standardisierung der Stellungnahmen der Regierungen wünschenswert. Weiter hätten geplante Initiativen und zukünftige Projekte stärker Eingang finden können. Angeregt wurden ebenfalls neben Erfolgen auch negative Erfahrungen in die Berichte mit einfließen zu lassen und darüber konkrete Auskünfte zu geben. Weiter seien vorgestellte Ansätze zumeist auf die nationale Ebene beschränkt geblieben, sodass in Bezug auf transnationale Initiativen Handlungsbedarf bestehe. Zur Realisierung entsprechender Punkte der Resolution seien in Hinblick auf den Schwerpunkt „Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt“ zahlreiche, jedoch selten transnationale Anstrengungen unternommen worden. Die Thematik „Chancen, Arbeitsmobilität und Jugendarbeitslosigkeit“ sei umfassend abgedeckt worden. Hinsichtlich letzteren Bereichs bedürfe es jedoch einer solideren Plattform des Austauschs einzelner Akteure. Weitestgehend unberücksichtigt sei in der Umsetzung hingegen die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt geblieben. Hier sehe er eine künftige Hauptherausforderung. Ferner wurde auf die unzureichende Stärkung von HELCOM und diesbezüglich angedachter Beiträge hingewiesen. Im Kontext des Punktes „Umweltprobleme“ habe es verschiedene regionale wie nationale Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt gegeben. Gleichzeitig erging seitens **Jānis Vucāns** der Hinweis, die Ostsee angesichts umfangreicher Umwelteinflüsse bei dieser Thematik nicht isoliert zu betrachten, sondern angrenzende Gewässer zu berücksichtigen.

Im Fokus des Beitrags von **Jörgen Pettersson** (Vizepräsident der BSPC und Berichterstatter für maritime Politiken) stand die Thematik der Schifffahrt, welche für die gemeinsame Zukunft wesentlich sei. Gerade auf deren Nachhaltigkeit liege gegenwärtig ein wesentlicher Schwerpunkt.

Dem maritimen Bericht ist ferner zu entnehmen, dass in den letzten Jahren zahlreiche Punkte bezüglich des maritimen Bereichs gut und mit einem europäischen Konsens umgesetzt wurden. Zukünftige Strategien sollten sich verstärkt der Reduzierung von Plastik und der ganzheitlichen Betrachtung der Kreislaufwirtschaft widmen. Weiter wurde über den Erfolg der letzten Jahre hinsichtlich reduzierter Umweltverschmutzung sowie Schwefel- und Feinstaubbelastung berichtet. Gleichzeitig forderte Pettersson auf, den CO₂-Verbrauch zu reduzieren und dahin gehend einen gesetzlichen Rahmen auf globaler Ebene zu setzen.

Sonja Mandt (BSPC Berichterstatterin für kulturelle Angelegenheiten) stellte ihren Jahresbericht über neue Entwicklungen im Arbeitsbereich „kulturelle Belange“ vor. In diesem stand das kulturelle Erbe der Ostseeregion im Vordergrund. Insbesondere wurde die Bedeutung von Kultur und Tradition für den Aufbau einer ökonomisch nachhaltigen und geschlossenen Ostseeregion betont.

Franz Thönnies (BSPC Berichterstatter über Arbeit und soziale Wohlfahrt) informierte über den Stand der Arbeit des Baltic Sea Labour Forums und dessen Aktivitäten. In deren Vordergrund habe die Auseinandersetzung mit und die Kommunikation von Problemen und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Thema „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ gestanden. Man habe sich mit Fragen der Arbeitsmobilität, Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitsmarktforschung befasst. Auch auf demografisch begründete Herausforderungen, Migration und Integration sowie die Inklusion von Menschen mit ausländischer Herkunft oder Behinderung sei eingegangen worden. Herausgestellt wurde die enge Zusammenarbeit im Bereich Arbeit und Beschäftigung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Demokratische Partizipation und das digitale Zeitalter

Jobst Fiedler (Professor für öffentliches und finanzielles Management an der Hertie School of Governance) gab eine Präsentation zu „Demokratie am Scheideweg - Vertrauen durch Partizipation wiederaufbauen“.

Alexander Shishlov (Ombudsmann für Menschenrechte Sankt Petersburg) legte in der zweiten Präsentation den Fokus auf „Herausforderungen des digitalen Zeitalters für Menschenrechte und Demokratie“.

Carola Veit moderierte eine Diskussion am Runden Tisch zu „Demokratischer Partizipation und das digitale Zeitalter“.

Dabei wies **Espen Krogh** (Jugendpräsident des Nordischen Rats und Delegierter des Baltic Sea Parliamentary Youth Forum) auf die Wichtigkeit sozialer Medien und die Entwicklungen von Populismus im digitalen Zeitalter und die Rolle der sozialen Medien in einer Demokratie hin.

Valentina Pivnenko (Parlamentsmitglied der Russischen Föderation) informierte über die Bedeutung der Wahlbeteiligung und die Entwicklungen der Zunahme des Zugangs der Bevölkerung zu digitalen Technologien.

Jobst Fiedler hob die Möglichkeiten einer vermehrten Verwendung von Referenden, neuer Formen bewusster Demokratie und digitaler Mobilisierung für die Stärkung des politischen Interesses hervor und verwies auf die wachsende Menge politischer Kommunikation über Plattformen sozialer Medien.

Alexander Shishlov legte seinen Schwerpunkt in der Diskussion auf die Möglichkeiten, dem fehlenden Vertrauen in Wahlprozesse zu begegnen und die Bedeutung sicherzustellen, dass Wähler über Nachrichten und Medien genügend über Politik informiert würden.

Veiko Spolitis (Parlamentsmitglied aus Lettland) verwies auf die Grundwerte von Demokratien, wie die Pressefreiheit und den Schutz von Minderheitenrechten.

Dritter Sitzungsabschnitt: Wissenschaft und Forschung

Monika Stankiewicz (HELCOM-Geschäftsführerin) berichtete über den Zustand der Ostsee im Jahr 2017 mit einem Ausblick über Gegenwart und Zukunft.

Maira Mora (Generaldirektorin des internationalen Sekretariates des Ostseerats CBSS) stellte das Programm zu Wissenschaft und Forschung in der Ostseeregion und im Ostsee-Netzwerk für Wissenschaft vor.

Ulrich Bathmann (Leibniz Institut für Ostseeforschung) informierte über indiziengestütztes Umweltmanagement.

Jari Haapala (Finnisches Meteorologisches Institut) präsentierte einen Überblick über den Nutzen regionaler Klimamodelle für die Ostseeregion.

Robert Feidenhans'l (Direktor European XFEL) berichtete über die Forschungseinrichtung „European X-Ray“ und informierte über bevorstehende Forschungsprojekte.

Vierter Sitzungsabschnitt: Nachhaltiger Tourismus

Friederike Schick und **Elias Lindström** (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum) berichteten über das Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, welches im Frühling 2017 in Kiel in Verbindung mit dem BSPC-Arbeitsgruppentreffen „Nachhaltiger Tourismus“ stattgefunden habe. Außerdem präsentierten sie einen Überblick über ihre Ideen für die Entwicklung von nachhaltigem Tourismus in der Ostseeregion, die Eingang in die Arbeitsgruppe der BSPC und damit in die Konferenzresolution gefunden hätten.

Monika Griefahn (Direktorin für Umwelt und Gesellschaft bei AIDA Cruises) berichtete über Nachhaltigkeitsprojekte von AIDA Cruises.

Alexander Sirchenko (TUI Russland) informierte über die Entwicklung des internationalen Tourismus.

Arild Molstad (Autor und Journalist, Berater für Konservation und nachhaltigen Tourismus in internationalen Institutionen, Norwegen) präsentierte das Thema „Das Pariser Klimaabkommen und Tourismus: Eine Roadmap für die Zukunft“.

Michael Otremba (Geschäftsführer Hamburg Tourismus GMBH) informierte die Konferenz zum Thema „Nachhaltiger Tourismus in Städten. Die Erlaubnis zum Wachsen?“.

Sara Kemetter (stellvertretende Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe zu nachhaltigem Tourismus) stellte in Vertretung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zu nachhaltigem Tourismus vor. Die Arbeitsgruppe sei im Sommer 2015 im Rahmen der 24. BSPC in Rostock mit dem Ziel gegründet worden, politische Positionen und Empfehlungen zur Entwicklung und Stärkung des nachhaltigen Tourismus auszuarbeiten. Ein Fokus habe darauf gelegen, „besten Praktiken“ für Inselftourismus, Kreuzfahrttourismus und Fahrradtourismus sowie der Existenz und Implementierung nachhaltiger Herangehensweisen von nationalen Strategien herauszuarbeiten. Besonders in dem Feld der Optimierung von Verkehrsrouten sei viel zu tun.

Es sei sehr wichtig, in der Resolution die Regierungen in erster Linie dazu aufzufordern, sicherzustellen, dass der Tourismus nachhaltig angelegt wird und dazu Modelle und Methoden anzunehmen, um die Natur zu retten und zu schützen.

Der enge Kontakt und die enge Kooperation zwischen den Mitgliedern sowie Staaten und Regionen sollen nach Ende des Mandats der Arbeitsgruppe bestehen bleiben.

Wie auch in der Resolution aufgezeigt, sollen sich alle Arten von Tourismus in der Ostseeregion am Leitprinzip orientieren. Es solle auf die Vision hingearbeitet werden, dass die Ostseeregion die erste Ökoregion der Welt werde, in der Ökologie und Wirtschaft in einer ausgewogenen und integrierten Weise zusammenwirken, um nachhaltige Gesellschaften und Kulturen zu erhalten.

Fünfter Sitzungsabschnitt: Migration und Integration

Unter dem Vorsitz von **Franz Thönnies** (Leiter der BSPC-Delegation des Deutschen Bundestages) und **Per Rune Henriksen** (BSPC Berichterstatter über das Ostseeforum) stellten verschiedene Redner ihren Blick auf und ihre Position zur Thematik der Integration und Migration vor. Darüber hinaus wurde auf die neue Arbeitsgruppe für Migration und Integration der BSPC verwiesen.

Es folgte ein Beitrag von **Pedro Roque** (Präsident der parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum) sowie eine Rede von **Isabel Santos** (Vizevorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses für Migration der parlamentarischen Versammlung der OSCE und Vizevorsitzende des Parlamentes der OSCE) zum Thema „Für einen kohärenten, gemeinsamen und verantwortungsvollen Umgang mit Migration und Zuwanderung“.

Abschlussitzung und Ende der Konferenz

Per Rune Henriksen und **Wille Rydman** wurden von **Carola Veit** für ihre langjährige Arbeit in der BSPC geehrt und verabschiedet. Des Weiteren wurde die besondere Rolle von **Franz Thönnies** hervorgehoben. Mit seinem umfangreichen 20-jährigen Engagement in der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Stärkung der Zusammenarbeit sowie des Zusammenhalts in der Ostseeregion habe dieser Maßstäbe gesetzt.

Abschließend dankte **Carola Veit** allen Delegationen für die harte Arbeit sowohl während des vergangenen Jahres als auch während der Konferenz. Sie wies außerdem darauf hin, dass mit der Annahme der Resolution der 26. BSPC auch der Gründung der neuen Arbeitsgruppe „Migration und Integration“, dem Arbeitsprogramm 2017-2018 und den Verfahrensregeln zugestimmt würde. Nach Annahme der Resolution verabschiedete sie sich turnusgemäß als Vorsitzende der BSPC und übergab den Staffelnstab an den kommenden Präsidenten **Jörgen Pettersson** von den Ålandinseln.

Der neue Vorsitzende der BSPC, **Jörgen Pettersson**, sprach anlässlich der Übergabe des Vorsitzes an die Ålandinseln über die nächste Konferenz vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn.

Die Ålandinseln seien ein großartiges Beispiel für Krisenmanagement, wie sich im Konflikt um die Zugehörigkeit zu Finnland vor genau 100 Jahren bereits gezeigt habe. In diplomatischen Gesprächen sei eine für alle vorteilhafte Lösung entstanden. Daraus könne man lernen, dass es immer eine Lösung gebe, egal wie kompliziert Situationen und Konflikte erscheinen mögen.

Auf der nächsten Konferenz werde es auch um die wichtige Diskussion gehen, wie nachhaltige Gesellschaften in der Ostseeregion auf der Basis demokratischer Werte, Menschenrechte und gleicher Chancen für alle aufgebaut werden könnten.

Außerdem werde die neue Arbeitsgruppe zu Migration und Integration berichten. Die Ålandinseln seien dafür besonders geeignet, wie die 90 verschiedenen Nationalitäten unter den 30.000 Bewohnern zeigten. Sie seien es gewöhnt, mit neuen und anderen Kulturen umzugehen.



Konferenz-Resolution

Angenommen von der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg (Deutschland) zusammengekommen sind

- unter Begrüßung der erfolgreichen Schritte zur Wiederherstellung des vollumfänglichen und umfassenden politischen Dialogs in der Ostseeregion, insbesondere mit dem Ostseerat, und unter Hervorhebung der Bedeutung des Außenministertreffens anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Ostseerates, das am 20. Juni 2017 von der isländischen Ostseeratspräsidentschaft in Reykjavík ausgerichtet wurde, und der Aufforderung, die Dynamik und den Geist dieser positiven Entwicklungen aufrechtzuerhalten;
- unter Befürwortung der Ernennung einer unabhängigen Gruppe von Weisen einschließlich Vertretern der Zivilgesellschaft durch den Ostseerat mit dem Ziel, einen Bericht mit Empfehlungen für eine Vision der Ostseeregion über das Jahr 2020 hinaus und über die künftige Rolle des Ostseerates und die Mittel zur Stärkung seines Einflusses als Forum für den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit in der Region zu erarbeiten;
- unter Begrüßung des Hochrangigen Treffens der Vertreter der Arbeitsministerien des Ostseerates und der am 15. Juni 2017 in Berlin verabschiedeten Erklärung;
- unter Begrüßung der Verabschiedung des Aktionsplans „Die Vision verwirklichen: Der Ostsee-Aktionsplan 2030“ des Ostseerates als wichtigen Schritt zur Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung der Ostseeregion;
- unter Begrüßung der Entscheidung des Ostseerates, den Betrieb der Project Support Facility (Fazilität für die Unterstützung von Projekten) für 2017-2019 fortzusetzen und dabei insbesondere deren Rolle als Instrument zur Unterstützung der strategisch wichtigen Projektaktivitäten in der Ostseeregion zur Kenntnis nehmend;
- die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Instrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen und Projekte zugunsten der Ostseeregion weiter fördernd und unterstützend und dabei die kontinuierlichen Fortschritte der Initiative von St. Petersburg berücksichtigend;

- auch in Zukunft die Jugend in die Verfahren der Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz einbeziehend. Vor allem in der zweiten Hälfte des zweijährigen Mandats einer Arbeitsgruppe kann die lebendige Debatte mit jungen Menschen, die von den Mitgliedsparlamenten benannt werden, auch im Hinblick auf die Jahreskonferenz eine Bereicherung darstellen;
- mit dem Ausdruck der tiefen Besorgnis über die zunehmende Zahl von Terroranschlägen, die sich seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga ereignet haben, d. h. in Stockholm, St. Petersburg und Berlin, und unter entschiedener Verurteilung - durch Bekräftigung der Position in der 25. EntschlieÙung - des Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen als immer stärker werdende gemeinsame Bedrohung für unsere Bürger und gemeinsamen Werte - eine Bedrohung, die nur durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt werden kann;
- in der Überzeugung, dass die Themen Migration und Integration eine gewaltige Herausforderung für alle Länder der Ostseeregion sowie eine große Chance für ihre Weiterentwicklung darstellen. Diese Themen erfordern einen intensiven Dialog sowie eine enge Zusammenarbeit und abgestimmte politische Maßnahmen auch unter den Ostseeanrainerstaaten;
- die Themen Zusammenarbeit und Partizipation sowie innovative Wissenschaft und nachhaltiger Tourismus in der Ostseeregion erörternd;
- fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion

1. die Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu intensivieren einschließlich der Nördlichen Dimension, der EU-Strategie für die Ostseeregion und der Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest in Russland neben weiteren regionalen Akteuren durch die Festlegung gemeinsamer Prioritäten und die Entwicklung entsprechender regionaler Strategien und Aktionspläne in Bereichen, die von gemeinsamem Interesse sind und beiderseitige Vorteile bieten. Da makroregionale Strategien Interessengruppen und Akteure aller staatlichen Sektoren und Ebenen zusammenbringen, stellen diese effiziente Instrumente für die Verbesserung der Beziehungen zwischen benachbarten Ländern dar und stützen dadurch die Europäische Nachbarschaftspolitik;

2. die Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) als koordinierende Stelle für die regionale Umsetzung der ozeanbezogenen Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung mithilfe der verstärkten Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und der weiteren Verpflichtung, bis 2021 einen guten ökologischen Status der Ostsee herzustellen, und gegebenenfalls durch Erneuerung des Ostseeaktionsplans entsprechend der Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung mit einer zeitlichen Perspektive bis 2030 weiter zu stärken und weiterzuentwickeln;
3. HELCOM bei der Entwicklung eines regionalen Aktionsplans über Unterwasserlärm sowie bei der Umsetzung des Aktionsplans für Meeresabfälle und der Bekämpfung der Eutrophierung zu unterstützen; darüber hinaus sollten konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Einbringung von Kunststoffen in die Meeresumwelt getroffen werden;
4. die Bedeutung der Agenda für Wissenschaft, Forschung und Innovation wie 2016 bei der Konferenz der Wissenschaftsminister des Ostseerates in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes „Baltic Science: Renewing the Commitment to Science/Research Joint Actions in the Baltic Sea Region“ [„Wissenschaft im Ostseeraum: die Erneuerung des Bekenntnisses zu gemeinsamen Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung in der Ostseeregion“] skizziert zu unterstützen;
5. ein gemeinsames Programm auf der Grundlage einer Strategie im Rahmen des Ostseerates zur Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion zu erarbeiten und dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - soweit möglich Abbau der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr zur Förderung der Reisefreiheit; dies beinhaltet die Förderung der lokalen Grenzverkehrsregime an den EU-Außengrenzen;
 - Erleichterung der Grenz- und Visaregime für junge Menschen und organisierte Touristengruppen;
 - Modernisierung nachhaltiger Verkehrssysteme und der Tourismusinfrastruktur;
 - Unterstützung der Idee, dass die Ostseeanrainerstaaten eine gemeinsame Ostsee-marke schaffen auf der Grundlage des kulturellen und natürlichen Erbes zwecks Stärkung der touristischen Wettbewerbsfähigkeit;
 - Verbesserung der Reisemöglichkeiten insbesondere für junge Menschen (z. B. Interferry);

im Hinblick auf demokratische Teilhabe und das digitale Zeitalter

6. die Mittel der demokratischen Teilhabe weiter zu verbessern und zu entwickeln, z. B. mithilfe von Transparenz, umfassender Information, staatlicher Rechenschaftspflicht und weiteren Instrumenten der Bürgerbeteiligung;
7. sich zu verpflichten, die Teilhabe junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen einschließlich - aber nicht beschränkt auf - die Bereiche Staat, Wissenschaft, Bildung und Kultur zu stärken. Zu diesem Zweck wird sich die Ostseeparlamentarierkonferenz auch in Zukunft für die Schaffung eines Jugendforums für den gesamten Ostseeraum einsetzen;

8. einen gemeinsamen Dialog und eine gemeinsame Debatte in der Ostseeregion über die ethischen Voraussetzungen für die Digitalisierung von Staaten und Gesellschaften und die Möglichkeiten eines gemeinsamen rechtlichen Rahmens in diesem politischen Bereich anzustoßen. Die Aufgabe der Parlamente besteht darin, Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in der digitalen Welt zu garantieren. Die Parlamente und Regierungen sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass es keine Kluft zwischen der digitalen Welt und dem Staat gibt;
9. sich dafür einzusetzen, dass die Ostseeregion zum globalen Vorreiter beim Einsatz neuer digitaler Technologien für Demokratie und politische Entwicklung wird;
10. politische Maßnahmen zu unterstützen, um die Digitalisierung demokratischer Aktivitäten zu verbessern mit dem Ziel, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen mithilfe der Weitergabe von Technologie und bestmöglichen Verfahren durch Regierungen und Parlamente zu erhöhen;
11. auf Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für junge Menschen in Bezug auf die Möglichkeiten der Digitalisierung hinzuweisen, um eine kompetente und verantwortungsvolle Nutzung der sich entwickelnden technologischen Innovationen zu fördern und dadurch einen Beitrag zu demokratischen Gesellschaften im digitalen Zeitalter zu leisten;
12. die staatliche Koordinierung der innovationspolitischen Maßnahmen als sozialen Fortschritt und nicht nur als technologischen Fortschritt zu begreifen;
13. die Sozialpartner in der Ostseeregion bei ihren Bemühungen um die Nutzung der Chancen der Digitalisierung zugunsten anständiger und nachhaltiger Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterstützen;
14. besonders auf die geschlechts- und generationsspezifischen Aspekte der digitalen Innovationen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen hinzuweisen;
15. unter Berücksichtigung des Stellenwerts der Meinungsfreiheit die rechtlichen Möglichkeiten und einen gemeinsamen Ansatz zur Reaktion auf „Hetzreden“ und „Fake News“ auszuloten;

im Hinblick auf die innovative Wissenschaft und Forschung

16. die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Ostseeregion in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu intensivieren und deshalb
 - die Entwicklung glaubwürdigerer Projektionen über die Zukunft der Ostsee auf der Grundlage der bestmöglichen Meeresforschung sowie der plausibelsten sozio-ökonomischen Entwicklungsszenarien und damit einhergehenden Veränderungen des menschlichen Drucks sowie die komplexen Einflüsse des Klimawandels auf das Ökosystem zu fördern;

- die Gewinnung neuer umfassender Kenntnisse über die echten Langzeiteffekte verschiedener Formen des menschlichen Drucks auf allen organisatorischen Ebenen - vom Gen bis zum Ökosystem - sowie Vorschläge über Möglichkeiten zur Abschwächung dieser Effekte zu fördern;
 - eine wissenschaftliche Grundlage für eine innovative grenzüberschreitende Politikgestaltung einschließlich der möglichen Internalisierung der Kosten von marinen Ökosystemleistungen in die Wirtschaftsordnung zu schaffen;
17. die Weiterentwicklung des Ostsee-Wissenschaftsnetzwerks zu fördern, um die makroregionalen Dimensionen der Wissenschafts- und Forschungspolitik auszubauen, von der Hochschul- und Forschungseinrichtungen profitieren sollten, und demnach ein supra-regionales Netzwerk zu schaffen, das zusätzlich zu dem vorhandenen „wissenschaftlichen Netzwerk“ ein „administratives Netzwerk“ zwecks Steuerung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf nützliche und zielgerichtete Weise vorsieht, insbesondere im Rahmen des Projekts „Baltic Science Network“;
 18. eine aktivere Rolle im Hinblick auf die Bereitstellung nachhaltiger Ressourcen für Forschung und Entwicklung zu spielen mit dem Ziel, Innovationen zu fördern und zu diesem Zweck beispielsweise gemeinsame Standards, Datensicherheit und geistige Eigentumsrechte innerhalb der Ostseeregion zu entwickeln;
 19. die Bemühungen um die Schaffung engerer Verbindungen zwischen analytischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Rahmen des „Baltic TRAM“-Projekts weiterhin zu unterstützen (TRAM = Transnational Research Access in the Macro-Region);
 20. die Bedingungen für die Ostseeregion im globalen wissenschaftlichen Wettbewerb mithilfe erhöhter Investitionen in die innovative Wissenschaft und Forschung weiter zu verbessern;
 21. die Verpflichtungen der Politikbereiche „Innovation“ und „Bildung“ im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion (EUSBSR) zur Gewährleistung einer prosperierenden, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Region auf der Grundlage zukunftsorientierter Aktivitäten in den Bereichen Innovation, Forschung und Hochschulwesen zum „Gemeinwohl“ und die Bedeutung der Entwicklung von Maßnahmen zur Überwindung der Innovations- und Leistungslücken in der Region hervorzuheben;
 22. mithilfe geeigneter Maßnahmen das Bewusstsein der Bürger bezüglich der Tatsache zu stärken, dass Bildung und Wissenschaft wichtige Innovationsressourcen sind;
 23. unter Hinweis auf den Erfolg des Ostsee-Wissenschaftstages, der erstmals am 8. Februar 2017 in St. Petersburg stattfand, die Fortführung dieser Initiative als nützliches Instrument für die Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Ostseeregion und zur Verbesserung der Außenwirkung der Erfolge und des Potenzials der Region in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation zu unterstützen und zu fördern;
 24. BONUS II zu unterstützen;

25. die Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Integration der interdisziplinären Erdsystemwissenschaft in der Ostseeregion zu intensivieren;
26. Synergien und Maßnahmen zur Entwicklung der gemeinsamen Vision „Arktis-Ostsee“, der Zusammenarbeit und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit zu fordern;
27. die kurzfristigen Mobilitätsmöglichkeiten von Wissenschaftlern zu verbessern und zu diesem Zweck unbürokratische Unterstützung außerhalb von großen finanzierten Projekten zu leisten, um mehr Flexibilität in der Außenwirkung und der internationalen Forschungszusammenarbeit sowie eine bessere Integration der Forschungslandschaft der Ostseeregion zu ermöglichen, und die Mobilität von Lehrkräften und Studierenden durch Stipendienprogramme zugunsten der Mobilität innerhalb der Ostseeregion zu intensivieren, wodurch die Vorteile des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs geteilt und gleichzeitig die Sommerschulen sowie die Austauschprogramme in der Ostseeregion gestärkt und gefördert werden;

im Hinblick auf nachhaltigen Tourismus

28. sich für die Vision einzusetzen, dass die Ostseeregion zur ersten Ökoregion der Welt wird, und die Ostseeregion als erste Region zu konzipieren, in der Ökologie und Ökonomie auf ausgewogene und integrierte Weise zugunsten der Bewahrung von Gesellschaft und Kultur zusammenarbeiten;
29. dafür zu sorgen, dass die Folgen des Tourismus nachhaltig sind und zu diesem Zweck Modelle und Methoden zum Schutz und zur Bewahrung der Natur anzuwenden und die Arbeit an dem Grundsatz auszurichten, dass Nachhaltigkeit der Leitgrundsatz und die Standardpraxis bei allen Formen des Tourismus in der Ostseeregion ist;
30. die Nutzung von CO₂-Fußabdrücken weiter zu prüfen mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit und Attraktivität von Tourismusprodukten und ihren ökologischen und wirtschaftlichen Einfluss zu verbessern; die Transparenz von Tourismusprodukten im Hinblick auf ihre Qualität und bezüglich ihrer Nachhaltigkeit weiter zu verbessern, beispielsweise mithilfe gemeinsamer Marken und Standards;
31. Abwassereinrichtungen in den Häfen in der Ostseeregion zu fördern;
32. Interrail zu verbessern, die Nutzung alternativer Energiequellen und eine nachhaltige multimodale Trennung (See-, Straßen- und Schienenverkehr) zu fördern und die Radfahrinfrastruktur zu verbessern, darunter auch Fahrradständer und E-Bike-Ladestationen an Verkehrsknotenpunkten als Beispiele für ökologische Formen des Tourismus;
33. gemeinsam eine Folgeabschätzungsstudie über die Auswirkungen des Tourismusverkehrs zu beauftragen, um die Ergebnisse verschiedener politischer Maßnahmen zur Erhöhung des Umfangs der Nachhaltigkeit zu analysieren;

34. den Mangel an Fachkräften im Tourismussektor in der Ostseeregion zu beheben, beispielsweise durch die Gründung einer internationalen Winterschule zur Verbesserung der Fertigkeiten von Arbeitskräften sowie der Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen;
35. die Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft und "Fair Sharing“-Wirtschaft in vollem Umfang zu nutzen, wodurch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstehen;
36. die gemeinsame Förderung der Ostseeregion als Tourismusziel insbesondere in neuen Quellenmärkten durch private und öffentliche Interessengruppen zu stärken und die Zusammenarbeit in der Region als Schlüsselement der erfolgreichen Entwicklung der Ostseeregion zu fördern;
37. die Möglichkeiten der Digitalisierung bei der Förderung des nachhaltigen Tourismus besser zu nutzen und die Entwicklung des Ostsee-Tourismuszentrums in eine ständige Plattform für den Austausch von Wissen und Informationen auf transnationaler Ebene, vor allem im Hinblick auf die langfristigen Prioritäten des Ostseerates, weiter zu fördern;
38. eine gesunde Umwelt zu erhalten, wodurch die Erholungsqualitäten der natürlichen und menschengemachten Landschaft bewahrt und die natürliche, kulturelle und menschliche Umgebung innerhalb der Ostseeregion bewahrt werden, sodass Tourismusaktivitäten nicht das natürliche und kulturelle Erbe der Ostseeregion gefährden, sondern aktiv zu ihrem Schutz beitragen;
39. die Wettbewerbsqualität und Effizienz der Tourismuswirtschaft zu fördern und zu bewahren und gleichzeitig zufriedenstellende soziale Bedingungen für Touristen, Arbeitskräfte und die einheimische Bevölkerung zu schaffen;
40. die Bürger an der Entwicklung von Tourismusstrategien zu beteiligen.

Ferner beschließt die Konferenz,

41. das freundliche Angebot des Parlaments von Åland dankbar zu begrüßen, die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. - 28. August 2018 in Mariehamn auszurichten.

*Parlamente und parlamentarische Institutionen:

Baltische Versammlung
Freie Hansestadt Bremen
Dänemark
Estland
Bundesrepublik Deutschland
Finnland
Freie und Hansestadt Hamburg
Island
Region Kaliningrad

Republik Karelien

Lettland

Region Leningrad

Mecklenburg-Vorpommern

Nordischer Rat

Norwegen

Parlamentarische Versammlung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in
Europa (OSZE PV)

Polen

Stadt St. Petersburg

Bundesversammlung der Russischen Föderation

Schleswig-Holstein

Schweden

Åland-Inseln.